



Stand: 03/2024

INFORMATIONSPFLICHTEN FÜR BETROFFENE GEMÄß ART. 13/14 DSGVO

FÜR MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Der Datenschutz hat für den **Wohlfühlhaus Westliche Wälder e. V.** (nachstehend „wir“ bzw. „uns“) höchste Priorität. Daher möchten wir Sie mit diesen Informationspflichten über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie die Ihnen nach der Datenschutz-Grundverordnung und dem neuen Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ab dem 25. Mai 2018 zustehenden Rechte als betroffene Person informieren.

Verantwortliche Stelle im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO

Wohlfühlhaus Westliche Wälder e. V.
Bahnhofstraße 16
86850 Fischach
Telefon: 08236/959977-100
E-Mail: info@zentrum-kinderlachen.de

Datenschutzbeauftragter

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten per E-Mail unter datenschutz@zentrum-kinderlachen.de oder unter o. g. Postanschrift mit dem Zusatz „Datenschutzbeauftragter“.

Kategorien, Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Ihre Daten erheben wir für den Zweck der Begründung und Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitung ist Art. 88 DSGVO, § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG-neu. Dabei verarbeiten wir folgende personenbezogenen Daten:

- Personendaten (z. B. Name, Anschrift, Geburtsdatum)
- Familiendaten (z. B. Familienstand, Kinder)
- Kontaktdaten (z. B. Telefonnummer, E-Mailadresse)
- Qualifikationsdaten (z. B. Arbeitszeugnisse, Fortbildungen, Zertifikate)
- Steuerdaten (z. B. Konfession, Steuernummer, Steuerklasse)
- Lohndaten und Bankverbindung
- Gesundheitsdaten (z. B. Krankheitstage, Behinderungsgrad)

- Benutzerkennungen (z. B. Microsoft Office)
- Reise- bzw. Dienstfahrtendaten (z. B. Anlass, Ziel, Beginn und Ende von Dienstfahrten bzw. -reisen)
- Foto- und videografische Aufnahmen (z. B. bei Firmenevents, Erfüllung der Aufsichtspflicht im Mutter-Kind-Bereich)

Die Verarbeitung von Gesundheitsdaten im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses begründet sich auf § 26 Abs. 3 BDSG i. V. m. Art. 9 Abs. 2 lit. b) DSGVO.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten innerhalb unseres Unternehmens ausschließlich an die Bereiche und Personen weiter, die diese Daten zur Erfüllung des Beschäftigungsverhältnisses benötigen.

Wir können Ihre personenbezogenen Daten an mit uns verbundene Unternehmen übermitteln, soweit dies im Rahmen der Erfüllung der Zwecke aus dem Arbeitsverhältnis zulässig sowie notwendig ist.

Im Rahmen des Arbeitsverhältnisses bedienen wir uns ggf. an Dienstleistern. Unsere externen Dienstleister, die in unserem Auftrag eine Datenverarbeitung durchführen, sind i. S. d. Art. 28 DSGVO vertraglich verpflichtet, die personenbezogenen Daten nach den geltenden Vorschriften zu behandeln. Soweit diese Unternehmen mit Ihren personenbezogenen Daten in Berührung kommen, haben wir durch rechtliche, technische und organisatorische Maßnahmen sowie durch regelmäßige Kontrollen sichergestellt, dass diese die Vorschriften der Datenschutzgesetze



Stand: 03/2024

einhalten. Eine darüberhinausgehende Weitergabe von Daten an Dritte findet nicht statt. Es sei denn, dass wir dazu gesetzlich berechtigt oder verpflichtet wären oder Sie uns zuvor Ihre Zustimmung gegeben haben.

Wir werden Ihre personenbezogenen Daten ggf. den Behörden zur Verfügung stellen, wenn dies im Rahmen unserer gesetzlichen Mitteilungspflichten erforderlich ist.

Datenübermittlung in ein Drittland

Grundsätzlich übermitteln wir Ihre Daten nicht in ein Drittland oder an eine internationale Organisation außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Sollten wir in Einzelfällen eine solche Übermittlung vornehmen, so geschieht dies nur in solche Drittländer, für die ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission vorliegt oder deren Datenschutzniveau durch geeignete und/oder angemessene Garantien (z. B. Binding Corporate Rules oder EU-Standardvertragsklauseln) bestätigt wurde.

Dauer der Datenspeicherung

Ihre Daten werden im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und der Dauer des Arbeitsverhältnisses gespeichert und darüber hinaus, soweit noch Ansprüche oder anderweitige gesetzliche Aufbewahrungspflichten oder Rechtfertigungsgründe bestehen. Die gesetzliche Verjährungsfrist für solche Ansprüche kann im Einzelfall zwischen drei bis zu dreißig Jahren betragen.

Videoaufzeichnungen im Mutter-Kind-Bereich werden nicht gespeichert.

Ihre Rechte

Sie haben nach der DSGVO folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden Daten:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)

Sofern Sie uns eine Einwilligung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO zur Nutzung von personenbezogenen Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Hierdurch wird nicht die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt.

Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir Sie ggf. um einen Identitätsnachweis bitten.

Die Entscheidung über Ihr Beschäftigungsverhältnis beruht nicht auf einer automatisierten Verarbeitung im Sinne des Art. 22 DSGVO.

Datenschutz-Aufsichtsbehörde

Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, sich bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde über unsere Datenverarbeitung der personenbezogenen Daten zu beschweren. Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht
Postfach 1349
91504 Ansbach

Sollten Sie weitere Fragen oder Anmerkungen haben, können Sie sich jederzeit an uns oder unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich. Die Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten hätte zur Folge, dass die Personalakte unvollständig ist bzw. nicht alle aktuellen Informationen über Sie enthält, weshalb die Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses ggfs. nicht erfolgen kann.